

Viermal pro Woche gibt es Fleisch

Das «Zmittag» als Politikum: Die SVP befürchtet, dass im Kanton Luzern Schüler zu einer vegetarischen Ernährung gedrängt werden.

Livia Fischer

Es ist ein Vorstoss aus Reihen der SVP, der wohl wenig Chancen haben wird. Letzten Herbst beauftragte Kantonsrat Bernhard Steiner den Regierungsrat, zu prüfen, «ob in den Schulen und Betreuungseinrichtungen für Kinder gesundheitsgefährdende Umerziehungsmassnahmen zur Beeinflussung des Ernährungs- und Essverhaltens stattfinden, und allenfalls Massnahmen zur Verhinderung einzuleiten».

Die Auslöser kurz erklärt: Die kantonale Dienststelle für Volksschulbildung hatte im Rahmen eines Aktionsprogrammes zum Thema Ernährung bei Kindern und Jugendlichen Kurse angeboten. Laut Steiner waren diese «sehr einseitig auf Tipps für vegetarische und vegane Gerichte ausgelegt». Weiter wurde in der damals aktuellen Ausgabe der «Schweizerischen Zeitschrift für Ernährungsmedizin» eine Wegleitung für die Beeinflussung des Essverhaltens von Kindern und Jugendlichen publiziert. «Kinder sollen mit suggestiven Tricks und sanftem psychologischem Druck einen Schubser in die Richtung einer vegetarischen oder veganen Ernährung erhalten», so Steiners Vorwurf.

Regierungsrat spricht von ausgewogener Ernährung

Als praktizierender Kinderarzt in Entlebuch weiss er: «Die vegetarische beziehungsweise vegane Ernährung ist im kinderärztlichen Alltag ein Dauerthema geworden.» Was er davon hält, tut er im Postulat kund. «Eine in der Lebensmittelauswahl eingeschränkte Ernährung kann für junge Kinder in Bezug auf mehrere Makro- und Mikronährstoffe kritisch sein.» So solle eine vegetarische oder vegane Ernäh-



An den Luzerner Mittagstischen wird nur selten oder auf Wunsch fleischloses Essen geschöpft.

Symbolbild: Hanspeter Bärtschi

rung nur unter geeigneter medizinischer oder diätetischer Überwachung erfolgen. Weiter sei eine Nahrungsmittelergänzung nötig, genauso regelmässige Kontrollen mittels Blutuntersuchungen. Darum will der Vater von vier Kindern eine «wesentliche Einschränkung des Ernährungsangebotes hin zur veganen oder vegetarischen Küche ohne gleichzeitige Information der Eltern und der Betreuungspersonen» verhindern.

In der Stellungnahme geht der Luzerner Regierungsrat kaum auf die Vorteile und Risiken bestimmter Ernährungsformen ein. Er versichert aber, in den Tagesstrukturen würden die

Empfehlungen nach der Schweizer Lebensmittelpyramide umgesetzt werden. Ein Blick auf die Menüpläne von grösseren Tagesstrukturen zeige: An den Mittagstischen werde den Kindern und Jugendlichen eine «sehr ausgewogene Ernährung» angeboten. «Meistens steht viermal pro Woche ein Menü mit Fleisch auf dem Plan, ausnahmsweise lediglich dreimal.» Für jene, die kein Fleisch essen, könne jeweils ein fleischloses Menü bestellt werden – jedoch nur vegetarisch und «bewusst nicht vegan». Weiter schreibt der Regierungsrat, dass in Kursen für Verpflegungsverantwortliche unter anderem zwar «die vegetarische

Küche mit viel Gemüse und die nachhaltige Ernährung» thematisiert werde. Dies bedeute aber nicht, dass auf fleischlose Ernährung umgestellt, sondern dass eine ausgewogene Ernährung angeboten werden solle. Weil die im Postulat aufgeführten Anliegen erfüllt würden, beantragt der Regierungsrat, dieses abzulehnen. Da der Vorstoss von keinen Kantonsräten anderer Parteien mitunterzeichnet wurde, dürfte dies so durchkommen.

Vegimenü ist laut Experte genauso gut

Der Vorstoss zeigt: Die Frage nach einer gesunden Ernährung bei Kindern polarisiert. Auf die

verschiedenen Ernährungsformen angesprochen, sagt Johannes Spalinger, Co-Chefärzt und Leiter Ambulatorium, Tagesklinik und Pädiatrische Gastroenterologie und Ernährung am Luzerner Kantonsspital: «Ein angemessenes Angebot, das den empfohlenen, sparsamen Fleischkonsum beachtet, ist für eine optimale gesundheitliche Entwicklung eines Kindes eine günstige Voraussetzung.»

Doch auch eine ausgewogene vegetarische Ernährungsform könne fast alle Nährstoffe liefern, die ein heranwachsender Organismus benötige. «So kann eine solche Ernährung ebenso in den Betreuungsein-

Mangelnde Studienlage

Laut der weltgrössten Ernährungsorganisation, der Academy of Nutrition and Dietetics aus den USA, ist eine gut geplante vegane Ernährung für jedes Alter geeignet. In der Schweiz rät der Bund von einer veganen Ernährung im Kindesalter ab. Es gibt aber keine grossen schweizerischen Forschungsprojekte, die gezielt die Auswirkungen untersuchen. Studien aus Nordamerika und Europa zeigten, dass die Zufuhr von Nahrungsenergie und Makronährstoffen vegetarischer und veganer Kinder meist näher an den Empfehlungen der Fachgesellschaften lag als jene gleichaltriger Mischkostkinder. Ebenso wiesen Erstere eine bessere Versorgung mit verschiedenen Vitaminen und Mineralstoffen auf – mit Ausnahme von Vitamin B12, Zink, Kalzium, Eisen und Vitamin D. Und sie tendierten dazu, leichter, schlanker und bis fünf Jahren auch kleiner zu sein. (ff)

richtungen der Schulen angeboten werden.» Es gebe zudem Hinweise, dass sie mit einem geringeren Risiko von Übergewicht und möglicherweise mit einer niedrigeren Sterberate infolge Herz-Kreislauf-Erkrankungen verbunden sei.

Punkto veganer Ernährung am Mittagstisch sagt Johannes Spalinger: «Weil Betreuungseinrichtungen keine genauen Kenntnisse über die jeweiligen familiären Ernährungsgewohnheiten haben, scheint es angemessen, nur im individuellen Fall eine vegane Ernährung anzubieten und dies nur auf ausdrücklichen Wunsch einer Familie.»

Soll für den Campus Horw eine Aktiengesellschaft gegründet werden?

Befürworter und Gegner legen ihre Argumente für die kantonale Abstimmung vom 7. März dar.

Pro: «Effizienter und flexibler, ohne Verlust der Mitsprache»

Der neue Campus Horw ist ein wichtiger Schritt für den Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort Luzern. Der Campus der Hochschule Luzern muss erneuert und erweitert werden, da die Gebäude sowie die gebäudetechnischen Anlagen über 40 Jahre alt sind und den heutigen räumlichen, technischen sowie energetischen Anforderungen nicht mehr genügen.

Mit der Erweiterung auf die Pädagogische Hochschule Luzern kann grosses Synergiepotenzial (33 Millionen Franken) in räumlicher und fachlicher Hinsicht genutzt werden und es wird ein Treffpunkt für Wirtschaft und Bildung geschaffen. Der neue Campus Horw ermöglicht so eine praxisorientierte Ausbildung und Forschung unter zeitge-

mässen Rahmenbedingungen. Unser Wirtschaftsstandort ist auf Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten angewiesen und das Arbeitskräftepotenzial wird gesteigert.

Die Luzerner Bevölkerung stimmt über die Gründung einer kantonseigenen gemeinnützigen Aktiengesellschaft zur Finanzierung des neuen Campus Horw ab. Mit diesem Finanzierungsmodell kann das Projekt sowie der zukünftige Betrieb nach den Bedürfnissen der Hochschule effizient entwickelt und ausgebaut werden. Im dynamischen Wirtschaftsumfeld kann die Hochschule dadurch nicht nur agil und aktiv handeln, sondern profitiert auch von tieferen Mietkosten. Diese Flexibilität ist nötig, um im schweizerischen Wettbewerb zu bestehen.

Der neue Campus Horw trägt massgeblich zum innovativen Bildungsstandort Luzern bei. Der Kanton wird alle Aktien halten, wodurch der Campus sowie der künftige Wertzuwachs der Grundstücke und Bauten im Eigentum des Kantons bleiben. Die Bevölkerung verliert dabei keine Mitsprache. Mit dem neuen Campus Horw als nicht gewinnorientierte und gemischtwirtschaftliche AG werden die Interessen von Bildung und Wirtschaft am besten vertreten.



Jacqueline Theiler
Präsidentin FDP Kanton Luzern

Kontra: «Bewährte demokratische Strukturen werden geschwächt»

Die Gebäude des Campus Horw müssen erneuert werden. Zudem soll die Pädagogische Hochschule Luzern an diesem Ort eine neue Heimat finden. Ein Projekt, welches wichtig und richtig für einen starken Bildungsstandort Luzern ist. Die Sanierung und der Ausbau des Campus Horw sind deshalb unbestritten.

Problematisch ist aber die Art und Weise, wie das Projekt umgesetzt werden soll. Die Gründung einer eigenständigen Aktiengesellschaft (AG), welche den Aus- und Umbau des Immobilienprojekts finanziert, ist der falsche Weg.

Eine gemeinnützige AG, die kantonal-politische Aufgaben realisieren soll, ist die falsche Form. Die bessere und richtige Form, um solche Aufgaben zu

erfüllen, sind unsere demokratischen Strukturen, mit ihren erprobten und eingespielten politischen Prozessen. An deren Ende steht ein Entscheid, der von unseren gewählten Vertreterinnen und Vertretern oder den Stimmberechtigten gefällt wurde – ein demokratisch legitimierter Entscheid. Die Steuerung für derart wichtige Immobilien soll weiterhin durch die Luzerner Politik erfolgen und nicht durch den Verwaltungsrat einer AG. Schliesslich trägt die Verantwortung am Ende nicht der Verwaltungsrat, sondern die Luzerner Politik.

Die finanzielle Situation des Kantons Luzern sieht nicht rosig aus. Zur Umsetzung von kostspieligen Projekten werden deshalb kreative Lösungen gesucht. Der Preis, den wir

dafür bezahlen, ist hoch. Mit dem aktuellen Trend zur Auslagerung von politischen Aufgaben auf private Organisationen, wie einer gemeinnützigen AG, schwächen wir unsere demokratischen Strukturen. Eine langfristige politische Steuerung solcher privaten Organisationen wird verhindert. Der Abbau unserer Demokratie darf deshalb nicht weiter vorangetrieben werden, auch wenn dies aus rein finanzpolitischen Gründen vielleicht interessant erscheinen mag.



Raoul Niederberger
Co-Präsident Grüne Kanton Luzern